

## ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

### *Deutschland im Nebel*

„Deutschland im Nebel“ ist ein mit guten Gründen alarmierender Leitartikel überschrieben, den *Karl Gerold* in der Silvester-Ausgabe seiner *Frankfurter Rundschau* veröffentlicht. Wir können aus Raummangel hier leider nur ein paar besonders markante Sätze zitieren:

„Betrachten wir uns das bundesrepublikanische Deutschland, so sehen wir wenig Erfreuliches. Wohin wir schauen: Opportunismus und Warten auf das, was andere tun — und nichts als das! Oder hat uns in bezug auf das, was wir zu erwarten haben, irgend jemand, irgendeine Partei auch nur irgendeinen klaren Gedanken, eine Vorstellung, von dem, was wir wollen oder zu wollen hätten, irgend etwas Klares gesagt? Nichts von alledem. .. Die Regierung sagt uns nicht die Wahrheiten, von denen sie weiß. Die sogenannte Oppositionspartei, die Sozialdemokraten, schweigen und warten. .. Das alles im Zeichen des künftigen Notstandes!

Aber wo ist der Notstand? Nicht an der Stelle, für die wir langsam aber sicher vorbereitet werden sollen. Nicht dort, wo das bessere Wissen zum Schweigen verurteilt wird ... Der Notstand ist nur dort, wo der Nebel über der Wahrheit lastet. .. Eines wissen wir: Wenn die Lügen am Krankenbett der Politik des Bundeskanzlers sich im nächsten Jahr lichten sollen, dann bedarf es der Männer und mit ihnen des freien Wortes, das von ihnen — mehr als bisher — vor allem Volk ausgesprochen werden muß!“

Ähnliche Betrachtungen finden wir im *Kölnischer Stadt-Anzeiger* (1962, Nr. 5); *Joachim Besser*, der neue Chefredakteur des Blattes, überschreibt seinen ersten Leitartikel „Die Sprache von 1962“ und beginnt folgendermaßen:

„Dem deutschen politischen Wortschatz droht im Jahre 1962 Verkümmern. Er beginnt auf eigenartige Wort- und Satzbildungen wie die folgenden zu schrumpfen: Zusammenhalten', ‚Bedrohung aus dem Osten', ‚Opfer bringen', ‚Einigkeit über alles', ‚Notstand'. Alles dies klingt düster, unheilbringend ... Was besonders beunruhigt, ist die Tatsache, daß gar keine andere Sprache mehr zu hören ist. Daß ‚die Lage ernst ist', ver-

nehmen wir ja seit zehn Jahren mit strenger Regelmäßigkeit, besonders lebhaft allerdings vor Wahlkämpfen, aus dem Munde des Bundeskanzlers. Heute hören wir diese Mitteilung auch aus dem Munde Ollenhauers und Brandts. Der ältere Bundesbürger erinnert sich des Ausspruches Kaiser Wilhelms II.: 'Ich kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche.' Er vergleicht, sieht zwar keine außenpolitischen Ähnlichkeiten zu 1914, findet aber, daß ein heute lebender Kaiser einen solchen Ausspruch gar nicht mehr zu tun brauchte. Wir sind schon alle einig.

Sind wir es wirklich? Wird mit den großen Worten nicht in Wahrheit die politische Einfallslösigkeit verdeckt? Oder ist man nur einig aus Opportunismus und Lethargie? Gibt es wirklich nur noch einen Weg? Ist es nicht vielmehr so, daß wir Deutschen mehr denn jemals zuvor der Alternativen einer Opposition bedürfen, damit sich die Regierungspolitik an ihnen immer wieder korrigieren kann? ... Einigkeit kann auch gefährlich sein. 1914 sind wir einig in das Unglück des ersten Weltkrieges marschiert, 1939 haben wir einig eine Weltkatastrophe heraufbeschworen. Sollten wir nicht mißtrauisch sein gegen solche Appelle?"

„Die Mauer des Herrn Ulbricht“, fährt Besser fort, „ist kein Zeichen der Stärke und schon gar nicht der militärischen Aggressionsabsicht. Ulbricht sucht seine gescheiterte Politik hinter diesem Steinwall zu verbergen. Aber wir im Westen müssen uns wohl ebenfalls eingestehen, daß mit dieser Mauer auch unsere Politik der Illusionen gescheitert ist. Also was nun? Keine andere Antwort als Einigkeit, Notstand, Zusammenhalten? Nur eine Ansicht und keine sonst? Benötigen wir jetzt nicht dringender als jemals zuvor neue Analysen, Prüfungen, Gedanken, Überlegungen? Müßte nicht eine harte Debatte unserer Parteien über den bestmöglichen Weg einsetzen? ... Soll jetzt ein Vokabular aus unheilvoller Vergangenheit die Stimme derer zum Schweigen bringen, die andere Wege für segenreicher halten?"

Besser spricht es dann aus, „daß unsere Politik, die mit Hilfe von Rüstung und Stärke die Wiedervereinigung erreichen wollte, gescheitert ist“ und sagt: „Wir stehen vor der Mauer, doch das bedeutet nicht, daß wir jetzt auch ein Brett vor dem Kopf haben müssen ... Es gilt zu begreifen, daß uns nur Entspannung retten kann und nicht Krieg und ganz gewiß nicht der Ruf nach Atombomben. Es gilt festzulegen, wo der deutsche Beitrag zur Entspannung liegen muß.“

„Das gefährliche Spiel mit der Angst“ geißelt Adolph Kummernuss im *ÖTV-Magazin* (Januar 1962). Er setzt sich sehr kritisch mit der Propaganda für die „Aktion Eichhörnchen“ (Notvorrat für den Ernstfall) auseinander und sagt, „im Handumdrehen verwandelt sich das niedliche Eichhörnchen ... in eine

üble Ratte, die an den Grundlagen der Demokratie und unserer Existenz nagt“, denn „der Verdacht drängt sich auf, daß diese massive Berufung auf den Ernstfall noch andere Zwecke verfolgt. ... Soll die Bevölkerung Schritt für Schritt an den Gedanken des Notstandes gewöhnt werden, damit sie ihren Widerstand gegen ein antidemokratisches Notstandsgesetz aufgibt? ... In diesem Punkt kann man nicht wachsam genug sein. Das Spiel mit der Angst vor dem Ernstfall ist so unverantwortlich wie gefährlich.“

### *Eichmann-Urteil weist in die Zukunft*

Die bisher bemerkenswerteste Würdigung der völkerrechtlichen und rechtsphilosophischen Aspekte des *Eichmann-Urteils* fanden wir in der *Basler National-Zeitung* (Nr. 594, 1961) aus der Feder des Zürcher Juristen Dr. Manfred Kuhn, der dem Prozeß und der Urteilsverkündung beigewohnt hat. Wir können leider, aus Raumgründen, hier nur die wichtigsten Schlußfolgerungen des Verfassers, den wir zu den Mitarbeitern der GM zählen dürfen, zitieren:

„Der eigentliche juristische Streitgegenstand war die Souveränität des Staates und die Konstituierung einer unmittelbaren strafrechtlichen Verantwortlichkeit des Einzelmenschen in Einschränkung dieser Souveränität. ... Damit ist man am Kern des rechtlichen Gehaltes angelangt: Die Souveränität des Staates wird mit Bezug auf Kriegsverbrechen verneint. Der verbrecherische Befehl gilt nicht mehr als legaler Staatsakt — auch nicht als Kriegshandlung im bisher üblichen Sinne. Während in Nürnberg das Verbrechen des 'Angriffskrieges' im Mittelpunkt stand, wird hier jedes Kriegsverbrechen, auch jenes des 'Verteidigers', geahndet. Das ist eine deutliche Akzentverschiebung und Weiterentwicklung der Nürnberger Grundsätze ...

Unter grundsätzlichen Gesichtspunkten weist das Urteil über den gegenwärtigen völkerrechtlichen Zustand hinaus in die Zukunft, erhält es gleichsam einen programmatischen Charakter. Und das ist meines Erachtens die tiefste Bedeutung dieses Urteils in weltpolitischer Sicht. Das Recht ist Menschenwerk und daher nie vollendet. Es wurde in Jerusalem weitergebildet in Vorwegnahme eines völkerrechtlich höchst erwünschten, aber noch nicht effektiven und universal geltenden Rechtszustandes, mit dem Blick auf ein Menschheitsrecht, das Verbrechen wie diejenigen Eichmanns radikal ausschließt.

Das Eichmann-Urteil ist zusammen mit den Urteilen von Nürnberg und den Genocid-Abkommen ein überaus wichtiger Schritt in die einzig denkbare Richtung. Entweder man wird dieses Urteil auch noch in fünfhundert Jahren als wegweisend zitieren — oder man

wird es nicht mehr zitieren, weil die Menschheit nicht mehr existiert.“

### Hinweise

Im Januarheft 1962 der sozialdemokratischen Monatsschrift *Gleichheit* (Bonn) kennzeichnet *Inge Deuschkron* die Luftschutz-Werbepost des Bundesinnenministeriums „Jeder hat eine Chance“ als „haarsträubend“: „Die Broschüre enthält nichts, was sie für den Atomkrieg als wirklichen Schutz anzubieten hätte.“ Im gleichen Heft weitere Dokumente gegen alle Illusionen über Schutz gegen Atomkrieg sowie eine Reihe instruktiver Beiträge über Entwicklungsländer, vor allem über Israels vorbildliche, noch viel zuwenig bekannte Hilfe für Entwicklungsländer sowie über Tunis (*Erika Donner*).

*Freie Gewerkschaftswelt* (Brüssel) bringt in Heft 137 eine Reihe besonders interessanter Beiträge über: Aufstieg des Gewerkschaftswesens in Afrika — Gedanken zum Neutralismus (*Omer Becu*) — Psychotherapie und Gewerkschaften (*Roger Tredgold*) — Die Tamulen (eine Million Menschen indischer Abstammung, eine rechtlose Minderheit in Ceylon [*K.R.M. Thompson*]) — Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmen, in französischer Sicht (*Roger Louet*) — Wie die amerikanischen Automobilarbeiter ihre Forderungen durchgesetzt haben (*Victor G. Reuther*) — Die Sozialversicherung in Österreich (*Gerhard Weissenberg*) u. a.

Die wirtschaftspolitische Monatsschrift *Wirtschaftschesst* (Hamburg) brachte in Heft 11/1961 eine besonders große Zahl interessanter Berichte aus außereuropäischen Ländern (Sudan, Südamerika, Südafrikanische Union, Liberia, Ceylon, Japan) und Analysen zum Kreditproblem (Prof. Dr. *Sven Helander*) und zu Besteuerung und Kapitalbildung (Dr. *Lutz Köllner*) in Entwicklungsländern.

Entwicklungshilfe ist auch in der Zeitschrift *Gegenwartskunde* (Leske Verlag Opladen) immer wieder eins der bevorzugten Themen; so z. B. im letzten Vierteljahrsheft 1961, in dem Dr. *Wolf Donner* über „ein neues Verhältnis zu Afrika“ und Dr. *Wolfgang Stubenrauch* über die interamerikanische Wirtschaftskonferenz in Punta del Este schreibt und ein weiterer Beitrag Beispiele aus der Arbeit der FAO zur Entwicklungshilfe in der Landwirtschaft bringt.

*Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft* heißt eine neue, vierteljährlich erscheinende „Informations- und Kontaktzeitschrift für Wirtschaft und Wissenschaft“ (Verlag für Wissenschafts- und Wirtschaftsveröffentlichungen, Mannheim). Aufsätze im ersten Heft: Wissenschaftliche Forschung und Ausbildung als

Grundlage industrieller Entwicklung (*Fritz Berg*, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie) — Wirtschaft und Wissenschaft als Partner (Prof. Dr. *Hermann Gross*) — Industrie und Forschung (Dr. *Heinrich Schult* und Dr. *Jens Meier*) — Neue Aufgaben der betriebseigenen Forschung (Dr. *Wilhelm Bierfelder*) — Was kostet die Forschung? (Dr. *Fritz Gummert*) — Der Wettlauf zwischen Ost und West (Prof. Dr. *Fritz Baade*, MdB). Die Diskussion, die in dieser Zeitschrift besonders gepflegt werden soll, wird durch einen kritischen Aufsatz „Degradierete Wissenschaft“ von Dr. *K. Joachim Fischer* eingeleitet.

„Sowjetzonenwirtschaft in der Krise“ behandelt Prof. Dr. *Bruno Gleitze*, der Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, in einer umfassenden, reich dokumentierten Arbeit in einem Doppelheft (9/10, 1961) der *WWI-Mitteilungen* (Bund-Verlag Köln).

Zwei interessante Aufsätze in *Außenpolitik* (11/1961): „China als künftige Militärmacht“ von *Hans-Jürgen Eitner* und „Nigeria nach dem ersten Jahr der Unabhängigkeit“ von *Günter Hauser*.

„Schwarzes Afrika“ ist das Thema von Nr. 73 der Zeitschrift *Offene Welt* (Westdeutscher Verlag Köln). Aus dem reichen Inhalt heben wir hervor: Die Emanzipation der afrikanischen Völker (*Pierre de Briey*) — Afrika im Umbruch (*Lord Twining*) — Das Bildungswesen in Ostafrika (*Karl Albrecht*) — Afrikas wirtschaftsstrukturelle Probleme (*Markus Timmler*) — Entwicklungsländer — Konkurrenten von morgen? (*Wolf Donner*) — Madagaskar — ein Sonderfall der Entwicklungshilfe? (*Ferdinand Friedensburg*) — Initiative Israels für die „neuen Staaten“ (*Willi Eichler*).

Als selbständiger Anhang zu Band 30 (Dezember 1961) der unter dem Titel *Rupert-Carola* halbjährlich in einem stattlichen, inhaltsreichen Band erscheinenden „Mitteilungen der Vereinigung der Freunde der Studentenschaft der Universität Heidelberg“ (Brausdruck GmbH Heidelberg) veröffentlicht Dr. *Horst Reimann* eine 40 Seiten starke Schrift „Wahlplakate“, in der die „entideologisierten“ Plakate der Bundestagswahl 1961 den „parteipropagandistischen“ Wahlplakaten der Weimarer Zeit gegenübergestellt sind. Die sehr anregenden soziologischen Betrachtungen des Verfassers sind durch die Reproduktion zahlreicher Wahlplakate aller großen Weimarer Parteien aus der bedeutenden Plakatsammlung des Instituts für Soziologie und Ethnologie der Universität Heidelberg illustriert. Eine Fundgrube für den Zeitgeschichtler wie für den Zeitungswissenschaftler!

Die Monatsschrift *Neue politische Literatur* (Ring-Verlag, Villingen) ist unverändert eine wichtige und zuverlässige Informationsquelle

über Neuerscheinungen zu Politik und Zeitgeschichte. Als Beispiel sei Heft 10/1961 hervorgehoben, in dem Dr. *Harry Pross* in einem umfangreichen Aufsatz mehr als 30 Bücher bespricht, die in jüngster Zeit in verschiedenen Ländern (Deutschland, Schweiz, USA, England, Belgien) über „Afrika südlich der Sahara“ erschienen sind; ein zweiter Aufsatz von Dr. *Joachim Leuschner* würdigt Neuerscheinungen zur Geschichte des Nationalsozialismus. Außerdem in jedem Heft zahlreiche Einzelbesprechungen und die stets anregende Zeitschriften-Bibliographie (Hinweise auf wichtige Aufsätze zur Politik aus der internationalen Zeitschriftenliteratur).

Der Verlag der Zeitschrift *Dokumente* (Köln) legt unter dem Titel „Frankreichs Wirtschaft“ ein 120 Seiten (Großformat) umfassendes Sonderheft vor mit Analysen und Stellungnahmen aus der Feder führender französischer Persönlichkeiten aller Richtungen. Unter den Mitarbeitern befinden sich: Finanz- und Wirtschaftsminister *Baumgartner*, die Gewerkschaftsführer *Bothereau* (C.G.T.-Force Ouvrière) und *Theo Braun* (Christliche Gewerkschaften), *Yves Cbaigneau*, der über die französische Wirtschaftsplanung schreibt, *André Géraud*, der sich sehr kritisch über die französische Agrarwirtschaft äußert, *Jacqueline Madinier* (über die für Frankreich so wichtige Politik regionaler Erschließung und Planung), *Claude Quin*, der über die tiefgreifenden Wandlungen im französischen Handel schreibt, *Daniel Videau*, der über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und

den Staaten der Franc-Zone (in Afrika) berichtet, *Paul Thibaud*, der über die französischen Gewerkschaften informiert, u. a. Eine ausgezeichnete Dokumentation, die für längere Zeit ihren Wert behält.

Dr. *Gerhard Höpp* hat in Heft 12/1961 der Zeitschrift *Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis* eine Untersuchung über das Problem der gerechten Beteiligung der Arbeit am Unternehmensergebnis an Hand der von ihm geforderten „paritätischen Ergebnisrechnung“ veröffentlicht.

Die in Hamburg erscheinende, in Text und Illustration vorbildlich redigierte Zeitschrift *Neue Heimat* (Monatshefte für neuzeitlichen Wohnungsbau) bringt in Heft 12/1961 einen grundsätzlich wichtigen Aufsatz von *Ernst May* über „Die sozialen Grundlagen des Städtebaues“; im gleichen Heft unter dem Titel „Geglückte Synthese von Mittelalter und Neuzeit“ eine instruktive Darstellung des Wiederaufbaus von Lübeck, ein Länderbericht über Monaco sowie Aufsätze über Architektur in der Malerei und über Wandteppiche.

*Evangelischer Digest* (Stuttgart) bietet in jedem Heft eine Fülle des Interessanten, meist lose um ein zentrales Thema gruppiert; so steht im Januarheft 1962 die Frage „Bewältigen wir den Wohlstand?“ im Mittelpunkt. Autoren dieses Heftes sind Walter Lippmann, Joseph Wechsberg, Marion Dönhoff, Dietrich von Oppen, Alexander Rüstow, Heinrich Böll, Eduard Spranger u. a. W.F.